Behindertenwerkstätte

Wohnen im Wohnheim, Betreuung, „Behindertentestament“

Aktuelle Rechtsfragen im Zusammenhang mit Behinderung,
Werkstatttätigkeit, Wohnheimaufenthalt, Betreuung,
Verwaltungsverfahren und Behindertentestament

Vortrag am 13.10.2011

Georg Kuchenreuter | Rechtsanwalt

Fachanwalt Familienrecht
Fachanwalt Arbeitsrecht

Kanzlei am
Steinmarkt

RECHTSANWÄLTE
FACHANWÄLTE

Kanzlei am Steinmarkt
Steinmarkt 12
93413 Cham

Telefon: 0 99 71 / 85 40 – 0
Telefax: 0 99 71 / 4 01 80
E-Mail: info@kanzlei-am-steinmarkt.de

Gliederung

A) Allgemein

B) Die Themen im Einzelnen:

I. Aufnahme in die Werkstätte:

1. Verdienst

2. Sozialversicherung

3. Kostenträger

4. Kindergeld

5. Mittagessen

6. Fahrt von und zur Werkstätte

Gliederung

II. Wohnen zu Hause:

1. Pflegegeld
2. Häusliche Kosten
3. Kindergeld

Gliederung

III. Wohnen im Wohnheim:

1. Kostenträger:

- a) selbst
- b) Eltern/Verwandte
- c) Staat

2. Kindergeld

3. Betreuungsmaßnahmen/ Ferienmaßnahmen

4. Kurzaufnahme

5. Besuch im Wohnheim

Gliederung

IV. Rechtliche Betreuung:

1. Was ist das?
2. Wozu ist die Betreuung notwendig?
3. Verfahren zur Betreuerbestellung
4. Aufgaben des Betreuers

V. Verwaltungsverfahren allgemein:

1. Bescheide von Behörden
2. Widerspruch / Klage

Gliederung

VI. Behindertentestament:

1. Begriffsklärung
2. Gestaltungsmöglichkeiten

C) Fragen/Diskussion/Zusammenfassung/Schluss

Die Themen im Einzelnen

I. Aufnahme in die Werkstätte

1. Verdienst:

Während Eingangsverfahren/Berufsbildungsbereich (in den ersten 27 Monaten): kein Verdienst, aber

- Übergangsgeld nach §§ 160 – 162 SGB III:
die Höhe richtet sich nach § 21 SGB VI, ca. 80 % des zuletzt verdienten Nettolohnes oder:
- Ausbildungsgeld nach § 104 i. V. m. § 107 SGB III:
63,00 € für die ersten 12 Monate,
75,00 € für die weiteren 15 Monate,
wenn Voraussetzungen für Übergangsgeld fehlen

Die Themen im Einzelnen

I. Aufnahme in die Werkstätte

1. Verdienst:

Nach den ersten 27 Monaten:
Anspruch auf leistungsorientierten Lohn,
zwischen 126,00 und 700,00 €/mtl., durchschnittlich
300,00 €/mtl.

Die Themen im Einzelnen

I. Aufnahme in die Werkstätte

2. Sozialversicherung:

Der Betroffene ist vom ersten Tag in der Werkstätte an:

- rentenversichert,
 - krankenversichert,
 - pflegeversichert,
 - unfallversichert (Arbeits- und Wegeunfall – BG)
- in der gesetzlichen Sozial- bzw. Unfallversicherung.

Die Beiträge zahlt der Staat.

Rentenversicherungsbeitrag: ca. 400,00 €/mtl.

Es besteht **keine** Arbeitslosenversicherung

Die Themen im Einzelnen

I. Aufnahme in die Werkstätte

3. Kostenträger:

Während der ersten 27 Monate (Eingangsverfahren/Berufsbildungsbereich) sind Kostenträger die Träger der beruflichen Teilhabe und Rehabilitation, meist Bundesagentur für Arbeit oder Deutsche Rentenversicherung.

Die Kosten für die WfbM-Beschäftigung trägt seit 2001 nur und ausschließlich der Bezirk (Oberpfalz) als überörtlicher Träger der Sozialhilfe, also der Staat.

Der Betroffene, die Eltern und erst recht Geschwister und andere Verwandte müssen dafür nichts bezahlen.

Die Themen im Einzelnen

I. Aufnahme in die Werkstatt

4. Kindergeld:

wird (weiter-)gezahlt, wenn:

- Behinderung vor dem 25. Lebensjahr aufgetreten,
- dadurch unfähig, sich selbst zu unterhalten,
- Eigeneinkommen unter 8004,00 €/Jahr.

Es entfällt nach 20 Jahren WfbM-Tätigkeit, weil dann Anspruch auf volle Erwerbsminderungsrente besteht

Die Themen im Einzelnen

I. Aufnahme in die Werkstätte

5. Mittagessen:

Das Mittagessen ist in der Kantine der WfbM möglich. In den ersten 27 Monaten (Eingangsverfahren/Berufsbildungsbereich) ist es kostenlos.

Ab dem 28. Monat betragen die Kosten 2,00 € je Mittagessen.

Die Themen im Einzelnen

I. Aufnahme in die Werkstätte

6. Fahrt von und zur Werkstätte:

Der eigene Fahrdienst der WfbM holt die meisten Mitarbeiter von zu Hause ab und bringt sie nach Arbeitsende nach Hause.

Der Fahrdienst ist für die Mitarbeiter kostenfrei.

Die Themen im Einzelnen

II. Wohnen zu Hause

1. Pflegegeld:

Das Pflegegeld steht den pflegenden Angehörigen, unabhängig von der Tätigkeit in der WfbM, in voller Höhe, ohne Kürzung/Anrechnung, zu.

II. Wohnen zu Hause

2. Häusliche Kosten/Geld sparen für das Kind:

Miete, Verpflegung und hauswirtschaftliche Tätigkeiten (Einkaufen, Waschen, Bügeln, Reinigen der Wohnräume etc.):

Sollten die Eltern dafür Geld von ihren Kindern verlangen?

- Wegen der Kosten der WfbM nicht notwendig, § 92 II Nr. 7 SGB XII.

II. Wohnen zu Hause

2. Häusliche Kosten/Geld sparen für das Kind:

- andere Gesichtspunkte:
 - + gerechter Ausgleich unter Geschwistern,
 - + Ersparnisse des Kindes sind bei Wohnheimunterbringung vorrangig einzusetzen.

Die Themen im Einzelnen

II. Wohnen zu Hause

3. Kindergeld:

wird (weiter-)gezahlt, wenn:

- Behinderung vor dem 25. Lebensjahr aufgetreten,
- dadurch unfähig, sich selbst zu unterhalten,
- Eigeneinkommen unter 8004,00 €/Jahr.

Es entfällt nach 20 Jahren WfbM-Tätigkeit, weil dann Anspruch auf volle Erwerbsminderungsrente besteht

III. Wohnen im Wohnheim

1. Kostenträger:

a) Der behinderte Mensch selbst:

- Einkommen:

Der Lohn aus der Arbeit in der WfbM wird zum Teil für die Heimkosten eingesetzt, ihm bleiben ca. 80,00 €/mtl. Zur freien Verfügung; hinzu kommt ein Taschengeld von ca. 98,00 €/mtl., so dass ihm ca. 178,00 €/mtl. sicher verbleiben

Die Themen im Einzelnen

III. Wohnen im Wohnheim

1. Kostenträger:

a) Der behinderte Mensch selbst:

- Vermögen:

das eigene Vermögen (erspart, ererbt) ist vorrangig für die Heimkosten einzusetzen;

Ausnahme: Schonvermögen: 2600,00 €

Die Themen im Einzelnen

III. Wohnen im Wohnheim

1. Kostenträger:

b) Eltern/Verwandte:

Die Eltern müssen auf jeden Fall einen monatlichen Pauschalbetrag von 26,00 €/mtl. zahlen.

Bei Zahlung dieser Pauschale wird auf weitere Ermittlung des Einkommens und Vermögens verzichtet, (falls keine vertraglichen Ansprüche).

Das Gleiche gilt für Verwandte in auf- und absteigender Linie.